

Mitarbeiterdemotivation – aus der Polizeipraxis berichtet

Um die immer wiederkehrende Frage nach den Gründen der fehlenden beruflichen Hingabe einiger Brandenburger Polizeibeamter aufzugreifen, möchte ich an meinem eigenen Beispiel darstellen, wie schnell es mit den „richtigen“ Vorgesetzten gelingen kann, auch Beamte, die sich jahrelang für ihren Dienstbereich engagiert haben, in vollkommen desinteressierte Mitarbeiter zu verwandeln. Alle von mir hier dargestellten Handlungen sind aktenkundig belegbar.

Der Kalender zeigt November 2011, als mich mein damaliger Dezernatsleiter unter einem fadenscheinigen Grund zur Dienststelle zitiert. Dort wird mir durch einen höheren Dienstvorgesetzten die bevorstehende Einleitung eines Strafverfahrens gegen mich bekanntgegeben. Durch keinen der anwesenden Dezernats- oder Abteilungsleiter erfolgte die obligatorische Belehrung über Rechte eines Beschuldigten im Strafverfahren, so etwa, dass ich das Recht auf die Hinzuziehung einer Vertrauensperson habe, oder dass ich zum Sachverhalt keine Angaben machen müsse. Aber das war, wie sich bald herausstellte, das kleinste Problem. Urheber des Vorgangs war ein anonymes Schreiberling, der mich diverser Dienstvergehen bezichtigte. Hierzu ist erwähnenswert, dass ich bis dato 13 Jahre zur steten Zufriedenheit meiner Dienstvorgesetzten gearbeitet habe und in meinem Bereich mit Sonderaufgaben betraut war. Diese Tatsache allein würde für mich einen gewissen Vertrauensvorschluss begründen. Zu den anonym vorgeworfenen Delikten zählten ein Betrug (private Telefonie mit dem Diensthandy), Tankbetrug mit der dienstlichen UTA-Karte, Privatfahrten mit dem Dienst-Kfz und zu guter Letzt Hausfriedensbruch. Die für den Hausfriedensbruch notwendigen objektiven Tatbestände hätte ich, so wurde mir verkündet, dadurch erfüllt, dass ich mit einer Berliner Polizeibeamtin in unserem Kraftraum trainieren war. Natürlich wusste der sonderbare Schreiberling auch zu berichten, dass ich durch eine ebenfalls bis zum Ende des Verfahrens anonym gebliebene

Person des Hauses verwiesen wurde und mich deren Weisung widersetzt habe. Bis zum Ende des Verfahrens, dass nach dreivierteljährig andauernder intensiver Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft nach § 170 II StPO eingestellt wurde, konnte niemand im ganzen Haus gefunden werden, der mich diesbezüglich ermahnt haben will. Die mir unterstellten Privatfahrten stellten sich im Laufe der Ermittlungen allesamt als aktenkundig belegbare Fahrten u. a. zur dienstlichen Kfz-Werkstatt oder zur abgesprochenen Beschaffung von Ausbildungsmaterialien dar. Beifahrer, die in den folgenden Ermittlungen hochnotpeinlich als Zeugen vernommen wurden, sagten aus, dass sie sich keiner „privaten Sonderfahrten“ entsinnen können und bezüglich des privaten Telefonierens mit dem Diensthandy musste man sich schließlich und endlich eingestehen, dass es lt. Dienstanschlussweisung sogar erlaubt war, „dienstliche Kommunikationseinrichtungen zu privaten Zwecken zu nutzen“ – das dienstliche Mobiltelefon nicht unter diese Erlaubnis fallen sollten – hatte man versäumt den Betroffenen mitzuteilen. All diesen – ich wiederhole es gerne nochmal – ANONYMEN Anschuldigungen durch irgendwen, begegnete man seitens der dienstlichen Leitung nicht mit dem in meinen Augen gebotenen Argwohn, nein, man nahm die anonymen Hinweise als unumstößliche Tatsache und suchte nun Beweise, um diese zu untermauern – Hausintern, versteht sich – in sogenannten verwaltungsrechtlichen Vorermittlungen.

In diesem Rahmen gab es zu keinem Zeitpunkt die Überlegung, mich mit den mutmaßlichen Beweisen, mit all den Anwürfen zu konfrontieren und zu befragen – was die folgenden Ermittlungen wohl abgekürzt und Steuergelder geschont hätte.

Ohne Vertrauen

Nach 13 Jahren Zugehörigkeit zu einer Einheit sollte man einem Beamten,

der zudem auch noch in vielen Bereichen seine Freizeit der Erfüllung dienstlicher Maßnahmen gewidmet hat, ein Minimum an Vertrauen entgegenbringen. Aber statt mich zu befragen, mit mir zu reden, machte man sich in diesen verwaltungsrechtlichen Vorermittlungen daran (es war zu diesem Zeitpunkt weder ein Disziplinarverfahren eröffnet, noch gab es strafrechtliche Ermittlungen gegen mich), im Wege der Bestandsdatenübermittlung beim Telefonanbieter festzustellen, mit wem ich wann und wie lange telefoniert habe, so fanden dann auch Namen und Adressen vieler Privatpersonen den Weg in meine „Strafakte“. Ich will gar nicht wissen – wie man festgestellt haben will – dass es sich bei den Anschlussinhabern um meine „privaten Kontakte“ handelt. Bei den Tankstellen wurde zeitgleich – immer noch ohne die Eröffnung eines Strafverfahrens – schon mal nach der Vorhaltung von Videomaterial angefragt, um mich als Tankbetrüger zu entlarven. Diesen Vorwurf konstruierte man daraus, dass ein Dienstfahrzeug einen „auffällig“ höheren Benzinverbrauch als üblich hatte und ich einer von nur etwa zehn im Haus befindlichen Beamten war, die Zugriff auf die zum Fahrzeug gehörende UTA-Tankkarte hatten. Ob gegen die übrigen infrage kommenden Beamten ermittelt wurde? Bei einer normalen rechtsstaatlichen Ermittlung hätte man das ebenso erwarten können, wie das Ermitteln entlastender Tatsachen. Es kam der Tag, an dem mir verkündet wurde, dass die gegen mich geführten „verwaltungsrechtlichen Vorermittlungen“ die Aussagen des Schriftstellers „in vollem Umfang“ bestätigt hätten. Getragen von der meinen Dienstvorgesetzten obliegenden Fürsorgepflicht, der Unschuldsvermutung und entgegen einer auch *mir* zustehenden Achtung meiner Persönlichkeitsrechte, veranstaltete man anschließend Dienstversammlungen in den unterschiedlichsten Zusammensetzungen, um auch noch dem letzten Bediensteten bis ins Detail

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

alle gegen mich vorgefundenen „belastenden Beweise“ anzutragen.

Glückliches Ende für mich

Die irgendwann unvermeidbare Erklärung der Leitung über die „unerwartete“ Einstellung des Verfahrens – mangels Tatverdacht – fiel dann im Gegensatz sehr kläglich aus. Kein Wort der Entschuldigung, kein Wort davon, dass man sich geirrt hat. Nichts. Den Freispruch gab es übrigens nur, weil sich meine Vorgesetzten so sehr für mich „einsetzen“ und „Gnade vor Recht erging“... So wirklichkeitsfremd erlebte ich noch keine dienstliche Führung. Man zeigte sich schlicht und ergreifend als schlechter Verlierer gegenüber einem Beamten, der ein Dreivierteljahr lang ums nackte berufliche Überleben, die finanzielle Existenz der Familie und seine persönliche Reputation gekämpft hat. In Zeiten, in denen aus politischer Sicht notwendige Reformen in den verschiedensten Bereichen durchgesetzt werden müssen, die

für jeden einzelnen Beamten oftmals mit Einschnitten verbunden sind, sollte man eventuell noch vorhandene Kapazitäten insbesondere als Dienstvorgesetzter doch anders zu nutzen wissen, als den Beamten, die auch das eigene dienstliche Vorankommen absichern, an allen nur möglichen Stellen das Leben schwer zu machen.

Ich bin froh, dass dieses zutiefst kompromittierende Verfahren für mich ein glückliches Ende gefunden hat. Dafür bedanke ich mich insbesondere bei meinem Anwalt, meinen Disziplinarverteidigern, dem Personalvertreter in „meinem“ ehemaligen Haus, einem ehemaligen Abteilungsleiter, bei einem Teil des Stabes im Polizeipräsidium, bei den Kollegen, die in den für mich sehr schwierigen Zeiten zu mir gehalten haben, und nicht zuletzt bei der GdP, die mir trotz der auf den ersten Blick schwierig anmutenden Sachlage sofortigen Rechtsschutz

zugewiesen und am Ende des Verfahrens alle anwaltlichen Kosten übernommen hat.

Es war der Verdienst genau dieser Leute, dass das Ruder in meinem Fall herumgerissen wurde und zu keinem noch so geringen Prozentsatz irgendeinem wie auch immer gearteten Einsatz irgendeines Vorgesetzten zu verdanken, wie vielen Mitarbeitern kolportiert wurde. Ich hoffe, dass man sich endlich mal wieder auf das besinnt, wofür wir eigentlich jeden Morgen zum Dienst gehen: Nämlich GEMEINSAM, MITEINANDER zu arbeiten, Straftätern das Handwerk zu legen und sich nicht tagtäglich neue, vollkommen nebensächliche und vor allem private Kriegsschauplätze zu eröffnen. Danke Brandenburg!

Nachtrag der Redaktion:

Der Verfasser hat darum gebeten, seinen Namen nicht zu veröffentlichen.

AKTUELLES

Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagebuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

April 2013

4. April 2013

Ein Kollege wendet sich in einer Mobbing-Sache an uns. Wir hatten vorerst auf ein außergerichtliches Vorgehen orientiert. Er informiert uns über Einzelheiten und Hintergründe seines Anliegens.

9. April 2013

Im Februar 2010 fand unser letzter Landesdelegiertentag statt. Es wird höchste Zeit, den nächsten für Februar 2014 vorzubereiten. In unserer Geschäftsstelle berät dazu eine hierfür gebildete Arbeitsgruppe.

11. April 2013

Erkrankung beider Kolleginnen unserer Geschäftsstelle. Ich halte allein die Stellung im Büro und muss dabei feststellen, wie viele Anrufe täglich bei uns eingehen und wie viele davon vorher

durch unsere Kolleginnen angenommen und abgearbeitet werden.

15. April 2013

Unsere Kollegin Petra Schäuble wird 60 und verabschiedet sich in den Ruhestand. Sie hatte zu einer kleinen bewegendem Feier eingeladen.

22. April 2013

Sitzung des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes: Schwerpunktthemen sind unsere Forderungen zur Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten sowie Fragen der Mitgliederbetreuung innerhalb unserer GdP.

26. April 2013

Im Innenministerium fand die erste Runde der Gespräche/Verhandlungen zur Übernahme des Tarifergebnisses/Wiedereinführung einer Sonderzuwendung/Altersgerechtes Arbeiten auf Staatssekretärebene statt. Der Fahrplan für die weiteren Gespräche/Verhandlungen wird abgesteckt. Am 14. Juni 2013 soll es dann die entscheidende Runde mit den zuständigen Ministern (Innen, Finanzen, Bildung) geben.

Michael Peckmann



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



HAD-Apotheke - Geld sparen bei Apotheken- und Drogerieprodukten



Richtig Geld sparen können Mitglieder der GdP und ihre Angehörigen auch im Bereich Apotheken -und Drogerieprodukte. Unser Partner HAD-Apotheke (ehemals Vitaware) bietet die Leistungen und den gleichen Service wie vordem Vitaware.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die bereits bei Vitaware registriert waren, müssten sich neu registrieren lassen. Der Aufwand ist gering.

Es lohnt sich!



Infos bei unserer GdP Poliservice GmbH
Tel.: 03 31 / 74 73 20

Internet: www.gdp-brandenburg.de



FACHABTEILUNG PSYCHOSOMATIK IN DER BRANDENBURG KLINIK BERNAU BEI BERLIN

Ich schaffe das alles nicht mehr!

Gesundheitsstörungen werden von uns als Folge negativer Wechselwirkungen zwischen den Gesundheitsproblemen der Patienten/innen und den Umweltfaktoren verstanden. Für die Behandlung steht in der Klinik ein breites Spektrum psychosomatischer Therapieformen zur Verfügung.

Behandlungsschwerpunkte:

- Depressive Störungen • Burn-out-Folgeerkrankungen • Mobbing-Folgeerkrankungen • Angststörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen • Tinnitus • Psychosomatische Schmerzstörungen

Brandenburg Klinik Bernau bei Berlin | Fachabteilung für Psychosomatik Brandenburgallee 1 | 16321 Bernau bei Berlin | Telefon (03 33 97) 3 33 55
www.brandenburgklinik.de

Wir helfen Ihnen gerne bei der Klärung der Kostenübernahme.

www.michelskliniken.de



Einladung zur „International Conference of Human Law“ vom 5. bis 7. Juni 2013 in Cottbus

Im Namen der Akademie für Rechtskultur und Rechtspädagogik, des Oberbürgermeisters von Cottbus sowie des Präsidenten der TU Cottbus möchte ich alle interessierten Polizeibeamten zur oben genannten Tagung recht herzlich einladen.

Zielgruppen für diese Konferenz (www.human-law-2013.de) sind neben Juristen, Pädagogen, Sozialarbeitern, Psychologen u. v. a. m., aber auch und vor allem Polizeibeamte.

Wie können begonnene gesellschaftliche Zerfallsprozesse (Prof. Dr. Bernd Marin, Executive Director of the European Centre) nachhaltig gestoppt werden, ohne demokratische Strukturen zu gefährden?

Jeder Polizeibeamte hat neben seinen repressiven zunehmend präventive Aufgaben zu erfüllen. Einerseits ist durch Einsparungsmaßnahmen der Landesregierungen ein zunehmender Stellenabbau in der Polizei zu verzeichnen, das betrifft auch die polizeilichen Präventionsstellen, andererseits gibt es eine Vergrößerung der gesellschaftlichen Schere, beispielsweise zwischen der Armutsgrenze, dem Mittelstand und einer Zunahme von Reichtum, mit den verschiedensten Auswirkungen auch in Deutschland zu verzeichnen. Nicht nur in Großstädten leben immer mehr Menschen verschie-

dener Nationalitäten auf engstem Raum, was durch „Missverständnisse“ im kulturellen sowie „Verhaltensbereich“ leicht zu erheblichen Auseinandersetzungen führen kann. Außerdem ist seit Jahren eine im Umfang und Intensität erhebliche Steigerung von Gewaltdelikten gegenüber Polizeibeamten zu verzeichnen. Die Abnahme von Frustrationsgrenzen bei Konflikten zwischen Menschen nimmt aber nicht nur der Polizeibeamte wahr, dass betrifft genauso die Lehrer an den Schulen, den Rettungssanitäter im Einsatz oder die überlastete Verkäuferin im Supermarkt.

Human Law (= Globale Rechtspädagogik) ist eine an den Bedürfnissen des Einzelmenschen und an den Erfordernissen der Gesellschaft(en) orientierte empirische, interdisziplinäre Wissenschaft zur gemeinsamen Bewältigung komplexer Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Rechtspädagogik wird seit 2006 an der Universität Cottbus und seit 2009 an der Uni in Warschau gelehrt. Dieses Fach, das auch in der **Kriminalprävention** hervorragende Erfolge gezeigt hat, soll bei der Konferenz vorgestellt werden. Für alle Interessierten hier die Internetadresse zum Programm: www.human-law-2013.de/programm/programmuebersicht/

So behandelt beispielsweise Dr. med. Glawe, FA für Neurochirurgie, ein Thema aus der Hirnforschung: „Gibt es Anlass zum Umdenken in der Kriminalitätsbekämpfung? Was bedeutet die Entdeckung der Spiegelneuronen für Entwicklung und Ausprägung der emotionalen Empathie? Kann es Gewaltprävention aus neurologisch-biologischer Sicht geben?“

Oder Prof. Rössner, Vorsitzender des LPR Hessen: „Die gefährlichsten Straftaten für die Existenz des freiheitlich demokratischen Rechtsstaats.“

Neben vielen anderen auserlesenen Referenten und Gästen bemühen wir uns um die Teilnahme von Rainer Calmund an einer Podiumsdiskussion sowie Ralf Minge, ehemaliger Nationalspieler der SG Dynamo Dresden und DFB-Nachwuchstrainer sowie jetzigen Trainer bei Bayer Leverkusen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass jeder interessierte Beamte für relevante Veranstaltungen Bildungsurlaub gem. § 15 BbgWBG beantragen kann, wenn ein unmittelbares dienstliches Interesse an der Veranstaltung vom Vorgesetzten verneint wird.

Die GdP Brandenburg ist ein Kooperationspartner dieser hochkarätig besetzten Veranstaltung.

Steffen Meltzer, Potsdam

SENIOREN

Beratung der Seniorengruppe Süd

Am 20. 3. 2013 trafen sich die Seniorenvertreter der Kreisgruppe Süd in der Gaststätte „Alter Spreewaldbahnhof“ in Briesen zu ihrer ersten Beratung seit dem Zusammenschluss der KG.

Dazu eingeladen hatte die Koordinatorin der Seniorengruppen. Mit von der Partie war der KG-Vorsitzende Holger Schiffner.

Er machte Ausführungen zur aktuellen Gewerkschaftsarbeit sowie der Rolle der Senioren in der GdP, dankte den Senioren für ihre bisherige Arbeit und Unterstützung bei den vielen Aktionen der GdP in der zurückliegenden Zeit. Im Anschluss daran tauschten die Seniorenvertreter ihre Erfahrungen in der Senioren-



Bild: A. Bresler

arbeit aus, stellten viele Gemeinsamkeiten fest, aber auch Unterschiede. Der Über-

gang vom aktiven Dienst in den Ruhestand, also der Wechsel in die Seniorengruppen der GdP, beschäftigt alle. Festgestellt wurde, dass es uns allen wichtig ist, sicherzustellen, dass die „neuen Senioren“ in der Seniorengruppe ankommen.

Wie wir das am besten hinbekommen, diskutierten wir ebenso wie den Rahmen des finanziellen Budgets als auch unsere Vorstellungen zur Zusammenarbeit mit dem KG-Vorstand. Resümee aller Teilnehmer – eine gelungene Veranstaltung, die in regelmäßigen Abständen wiederholt werden sollte.

A. Bresler



AKTUELLES

Die Katze wurde aus dem Sack gelassen (Fortsetzung)

Nach unterschiedlichen Reaktionen, vom Schulterklopfen über Respekt bis zu sanfter Kritik, auf den ersten Beitrag zum Thema Abschaltung der Leitstelle in Frankfurt (Oder) im Jahr 2015 (s. DP 5, Seite 4) möchte ich noch ein paar Gedanken äußern. Zum gegenwärtigen System der Notrufbearbeitung im Land Brandenburg gehörte auch ein Ausfallkonzept. Wenn eine Leitstelle ausfallen sollte, kann die andere Leitstelle diese Aufgabe mit geringen Einschränkungen wahrnehmen. Ein Konzept, was den Verantwortlichen in der Vergangenheit viel Lob einbrachte. Die Forderung der Politik nach einem funktionierenden Ausfallkonzept bei der Zentralisierung der Leitstelle ist ein Fakt. Immer wieder wird durch die Führungskräfte des Polizeipräsidiums betont, das es politischer Wille sei, die Leitstelle in Frankfurt (Oder) zu liquidieren. Nun fallen damit nicht nur die jetzt dort tätigen Mitarbeiter am Standort weg, sondern es müssen auch finanzielle Mittel für den Neubau der

Leitstelle in Potsdam aufgebracht werden. Bisher spricht man vom einem Finanzvolumen von 3,5 Millionen Euro. Geld, was in die Sanierung von maroden Polizeidienststellen besser investiert wäre. Damit aber nicht genug. Auch für das Ausfallkonzept und die Bauphase müssen noch enorme finanzielle Mittel aufgebracht werden. Die Leitstelle in Potsdam wird in der Bauphase in eine Übergangslösung umziehen und für das Ausfallkonzept soll eine Notleitstelle eingerichtet werden. Wer nun glaubt, das könnte die Leitstelle in Frankfurt (Oder) sein, wo ja alles schon da ist, hat sich geirrt. Erste Gerüchte sprechen vom Bau bzw. der Einrichtung einer Notleitstelle im Potsdamer Umland. Und nun schätze ich mal vorsichtig die Gesamtkosten auf ca. 8 Millionen Euro für dieses politisch gewollte Prestigevorhaben, ein Einsatz- und Lagezentrum für die Brandenburger Polizei, bis zum Abschluss. Na klar, die Wissenden werden jetzt sagen, das sei reine Spekulation, doch bedenke jeder

die preiswerten Bauwerke in Brandenburg wie den Landtag und den Flughafen BER. Steuergelder werden unter zweifelhaften Gründen in Millionenhöhe verschwendet. Und wer sind die Leidtragenden? Zum einen die Mitarbeiter der Leitstelle in Frankfurt (Oder), die Polizeibesetzten in den maroden Polizeidienststellen dieses Landes und auch der Bürger dieses Landes, auch Steuerzahler genannt. Schließlich wird niemand ein zehn Jahre altes Haus abreißen, nur weil er ein neues haben soll. Führung aus der Ferne gilt scheinbar nur für die Polizeiinspektionen und nicht für den Behördenstab. Stellt sich die Frage, warum so viel Geld investiert werden soll.

Die Antwort ist ganz einfach. Es geht um die Einsparung von zwölf Mitarbeitern des gehobenen Dienstes in der jetzigen Leitstelle in Frankfurt (Oder). Womit ich wieder zu dem Punkt komme, es wird gespart, koste es was es wolle.

Holger Jacob

Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung

Am 24. 4. 2013 fanden im ZDPol und an der FHPol die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenstufenvertretung statt. Als Kandidaten stellten sich ein Auszubildender des ZdPol und 21 Anwärterinnen und Anwärter des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes der Einstellungsjahrgänge 2010 bis 2012 zur Wahl.

Wahlberechtigt waren 371 Beschäftigte. 259 Beschäftigte haben gültige Stimmen abgegeben und zehn Stimmen waren ungültig. Dies ergibt eine Wahlbeteiligung von 72,5%.

In Anwesenheit des Vertreters des Landesbezirksvorstandes der Gewerkschaft der Polizei, Frank Templin, und des GdP-Kreisgruppenvorsitzenden, Bodo Böhlemann wurde die Auszählung der Stimmen vorgenommen.

Die konstituierende Sitzung der neuen JASV wird voraussichtlich am 6. 5. 2013 stattfinden. Über die Ergebnisse werden wir berichten.



Stimmauszählung

Bild: B. Böhlemann

Ein Dankeschön geht an alle Auszubildenden des ZDPol und Anwärterinnen und Anwärter der FHPol, die sich an der Wahl beteiligt haben.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Anwärterinnen und Anwärtern, die

die Wahl als Mitglieder des Wahlvorstandes und als Wahlhelfer unterstützt haben.

Für den Wahlvorstand
Kirstin Gebhardt-Zehmke



Jeden kann es treffen – der etwas andere Besuch

Unsere Kollegin und GdP-Mitglied Heike Kehl ist im letzten Jahr von einer sehr seltenen Krankheit heimgesucht worden, infolgedessen sie leider auch aus dem aktiven Dienst ausscheiden musste.

Bei einem Besuch erklärte sie mir, was eigentlich mit ihr passiert ist. Es ging alles sehr schnell und die Ursache dieser seltenen Krankheit ist leider wenig erforscht und unverstanden. Somit bleiben auch die therapeutischen Möglichkeiten limitiert. Heike kämpfte sich in ihren nun anderen Lebensalltag zurück und meistert ihr Leben aus dem Rollstuhl heraus. Um in dieser Situation ein wenig Le-

bensqualität zurück zu gewinnen, müssen viele Hürden, vor allem die der Bürokratie, genommen werden.

Desto erfreulicher war es für mich, dass ich bei meinem Besuch nicht nur mit einem Blumenstrauß erschien, sondern wir als Kreisgruppe einen Unterstützungsantrag für eine „hilfebedürftige Person“ an den „Grünen Stern – Gemeinnützige Polizeihilfe Brandenburg e.V.“ schrieben. Dieser wurde positiv befürwortet und ich konnte Heike einen Scheck überreichen. Mit dem einmalig zur Verfügung gestellten Geld wollen wir ihr helfen, ein paar der entstandenen

Kosten (Umbau, Rollstuhl etc.) zu kompensieren.

Sie erkundigte sich auch nach dem Befinden ihrer Kolleginnen und Kollegen und wollte wissen, was gerade so abläuft in unserer Polizei.

Heike, ich wünsche dir an dieser Stelle alles erdenklich Gute; bedanke mich beim „Grünen Stern“, der wieder einmal schnell und unbürokratisch geholfen hat, und Heike, ich freue mich auf den nächsten Besuch bei dir.

*Conny Schostag,
Vorsitzende KG MOL*

Mitgliederversammlung und Bowlingturnier

Am 23. April hatte der Vorstand der Kreisgruppe Märkisch-Oderland alle Kreisgruppenmitglieder zur alljährlichen Mitgliederversammlung ins Racket-Center nach Strausberg eingeladen. Zu dieser waren auch der Landesvorsitzende der GdP, Andreas Schuster, und der Sprecher der Kooperationsgemeinschaft der Kreisgruppen in der PD Ost, Frank Templin, eingeladen und erschienen.

Zuerst stellte ich als Vorsitzende die satzungsgemäße Einladung fest und es wurde die Tagesordnung beschlossen. Danach habe ich das Jahr 2012 in der Kreisgruppe MOL Revue passieren lassen.

Ich berichtete darüber, dass ich anfänglich befürchtete, dass wir als GdP-Kreisgruppe im letzten Jahr, auch ein wenig der dienstlichen Umstrukturierung geschuldet, die auch an mir nicht vorbeiging, nicht allzu aktiv waren. Aber anders als erwartet stellte ich bzw. stellten wir fest, dass es doch eine ganze Reihe von Aktivitäten gab. Ich berichtete über die Personalratswahlen im letzten Jahr, über unsere Mitgliederversammlung 2012 und das Bowlingturnier, über die Teilnahme an zwei Demos im letzten Jahr und deren Organisation und Vorbereitung, über Gespräche mit unseren

Landtagsabgeordneten im Landkreis, über die Unterstützung des „Grünen Stern“, über Verabschiedungen von Kollegen, über die Einsatzbetreuung anlässlich einer Demo in FFO am 10. November 2012, an die Frauentagspräsentate oder auch Weihnachtsbeutel in meinem Bericht. Ich sprach auch über die vielen kleinen Dinge, die einfach mal so nebenbei in einer Gewerkschaft passieren, wie die Betreuung und Begleitung von Rechtsschutzangelegenheiten, die Beschaffung von Kalendern, Bestellungen beim Werbemittelversand oder das Ausstellen von Beitragsbestätigungen, aber auch von der Betreuung unserer Seniorengruppe, die immer sehr aktiv ist.

All dies gehört zum Leben einer Gewerkschaftsgruppe und das muss auch



Andreas Schuster berichtete auf unserer Mitgliederversammlung.

gestaltet bzw. ausgestaltet werden. Dies geht nicht ohne viele kleine Helfer, denen ich an dieser Stelle „Danke“ sagen möchte. Denn eines haben wir an diesem Tag gemeinsam festgestellt, die Umstrukturierung in dieser Polizei ist auch an uns als GdP nicht einfach vorbeigegangen, auch wir haben dadurch einige Veränderungen erfahren und müssen uns auf neue oder andere Wege und andere Erwartungen einstellen.



KREISGRUPPE MOL

Nach diesem Rückblick gab es natürlich meinerseits auch einen kleinen Ausblick, was wir in diesem Jahr so vor oder sogar schon getan haben. Präsente zum Frauentag gab es schon. Zum Herrentag haben wir uns auch eine kleine Überraschung einfallen lassen. Wir als Mitglied in der Kooperationsgemeinschaft planen, uns am „Tag der offenen Tür“ der PD Ost in Bernau zu beteiligen. Am 19. Oktober wird in Frankfurt (Oder) das gemeinsame Kreisgruppenfest stattfinden; wir unterstützen den DGB bei seinen Veranstaltungen am 1. Mai in Strausberg und wir werden auch wieder Kalender bestellen, unsere Senioren betreuen, bei Bedarf in die Einsatzbetreuung gehen und für Weihnachten natürlich wieder Beutel mit ein paar Leckereien für euch packen.

Und wir haben noch ein Paket zu schnüren – wir werden im Herbst unsere Kreisgruppenwahlen durchführen und die Listen der Kandidaten für die nächsten Personalratswahlen aufstellen, die

beginnen werden. Es wird mehrere solcher geben, aber er weiß derzeit noch nicht, wie das Paket, das man uns eventuell anbieten wird, aussehen wird. Außer den platten und immer wieder gern verwandten Phrasen aus der Politik und aus dem Bereich der Finanzen, dass kein Geld für uns da wäre, haben wir noch nichts Konkretes auf dem Tisch liegen.

Wir als GdP haben unsere Forderungen, die jedem bekannt sein sollten, und darüber gilt es zu verhandeln. Aus seiner und auch aus unserer Sicht ist eine Abweichung von einer 1:1-Übernahme nicht verhandelbar.

Das neue Gesetz zur Beamtenbesoldung und -versorgung (dort u. a. enthalten die Lebensarbeitszeiterhöhung) soll seinen Aussagen zufolge noch vor der Sommerpause in den Landtag zur ersten Lesung. Auch hier können wir immer wieder nur auf unsere ureigensten Forderungen verweisen und auch daran festhalten. Er appellierte auch an alle Anwesenden, sich zukünftig immer wieder an

1. Platz Rene Jürß als Gast
2. Platz Eric Jürgens
3. Platz Siegfried Frontzek

Für alle drei gab es ein kleines Präsent für die gezeigten Leistungen, mit dem wir viel Spaß wünschen. Und für den letzten Platz wurde ein kleiner Trostpreis vergeben, den unser jüngster Gast, Tim, abräumte.

Ich freue mich aufs nächste Jahr, ich hoffe, es hat euch gefallen und wir werden uns wiedersehen.

*Conny Schostag,
Vorsitzende KG MOL*

MEINUNG

Viele Jahre Dienst

Es kam einer und durfte entscheiden.
Da waren schon 1668 weg. Jetzt müssen noch 1900 weg.
Kritisieren ist erlaubt.
Und die Arbeit bleibt.
Wo bin ich?

Die Herren im Lande kommen und gehen.
Einiges wurde umgebaut, neue Posten wurden besetzt, andere umgeformt.
Kritisieren ist geduldet.
Und die Menge der Arbeit wächst.
Wer bin ich?

Auf Streife sind weniger.
Die teils harte Auseinandersetzung wird auf der Straße ausgetragen.
Kritik ist unerwünscht.
Und die Verantwortung der Arbeit wächst.
Was bin ich?

Was aber ist der Lohn unserer täglichen Mühen?
Welche Erkenntnis haben wir gewonnen?

Kritik?
Wo ist die Anerkennung?
Ist es neuerdings eine Würdigung, dass Geld weggenommen wird?
Wir bleiben was wir sind – die Knechte des Landes
... wenn wir daran nicht zerbrechen

*Hurra
Verfasser unbekannt*



The Winner is ...

Bilder: C. Schostag

dann Anfang 2014 auch wieder stattfinden.

Nach diesen umfangreichen Ausführungen kam nun Andreas Schuster zu Wort. Die schwerwiegendste und gleich zu Beginn gestellte Frage war natürlich die nach der Übernahme des Tarifergebnisses auf den Bereich der Beamten. Andreas teilte uns mit, dass am 26. April dazu die Gespräche auf Arbeitsebene

unseren Aktionen zu beteiligen, da man aus dem politischen Lager sehr genau verfolgt – kommt einer oder kommen viele.

Nach diesen vielen Informationen folgte dann der gemütliche, aber auch körperlich anstrengendere Teil des Tages – unser Bowlingturnier. Nach zwei Stunden und zwei Wertungsrunden standen unsere drei Sieger fest:



Nein, wir sind nicht das Letzte, sondern das Vorletzte

Bundesland im Besoldungsvergleich der föderalen Bundesrepublik

Dies ist weder Polemik noch unseriöse „Schlechtrechnerei“ von auf Krawall gebürsteten Gewerkschaftsfunktionären, sondern das Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie der BTU Cottbus.

Das Team um Prof. Dr. Lothar Knopp begleitet wissenschaftlich die Besoldungsentwicklungen seit 2006, als Bund und Ländern die Kompetenz, Besoldung und Versorgung ihrer Beamtinnen und Beamten eigenständig zu regeln übertragen wurde. Schnell wurde deutlich, dass sich das Besoldungsniveau stark auseinanderentwickelte. Unterschiedliche Besoldungsanpassungen, stark differierende Sonderzahlungen, abweichende Gestaltungen der Besoldungsstufen und des Stufenaufstieges, Ämteranhebungen und Zulagenzahlungen führen weiter zu erheblichen Besoldungs- und zeitversetzt auch zu Versorgungsunterschieden. Unter den Ländern gibt es Gewinner

und Verlierer der Föderalismusreform. Und was sich vor Jahren nur als Abwärtstrend andeutete, hat sich in den Zahlen aus dem Januar 2013 verfestigt. Wir, die Brandenburger Beamten, werden am zweitschlechtesten in der Bundesrepublik besoldet und „Schlusslicht Berlin“ hat mit der Wiedereinführung der Sonderzahlung zu uns aufgeholt. Für die derzeit laufenden so genannten Paketverhandlungen kann dies nur bedeuten: „wir wollen nicht noch weiter abgehängt werden“. Hierbei ist uns durchaus bewusst, dass nicht die Länder Bayern und Baden-Württemberg eine realistische Zielstellung sind. Aber an das Land mit dem seit Jahren stärkstes Wirtschaftswachstum unter den neuen Bundesländern, wie uns unser Ministerpräsident Brandenburg immer wieder darstellt, sollte eine Orientierung an Thüringen durchaus realistisch sein.

Dort wird der Polizeimeister A 7 monatlich mit 136,16 € besser besoldet.

Besoldungspolitik entwickelt sich mehr und mehr zu einem Instrument des Personalmanagements und der Personalsteuerung, wobei es zu einer erkennbaren Konkurrenz um die Rekrutierung des qualifizierten Nachwuchses vor dem Hintergrund eines vielfachen Fachkräftemangels führt.

Dies bekommt die Brandenburger Polizei schon jetzt bei der Bewerbersituation für die FHPol zu spüren. Deshalb helfen uns keine subtilen Vergleiche und Hinweise auf die Situation in Griechenland weiter.

Wir erwarten eine 1:1-Übernahme des aktuellen Tarifiergebnisses sowie eine nachhaltige Regelung zur Sonderzahlung. Die Besoldung ist vor allem auch „eine Wertschätzung des Landes an seine Polizeibeamten“.

Frank Templin

SOZIALWERK BRANDENBURG


Aktuelle Angebote




Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Ausgaben 1/2013 und 2/2013 hatten wir euch das Sozialwerk der brandenburgischen Landesbediensteten e.V. und eines der Objekte vorgestellt.

In dieser Ausgabe präsentieren wir euch ein weiteres Angebot.

Redaktion

„Campingpark Rügen“ Prora bei Binz - Ostsee



Lage:
Der im Wald gelegene und sehr gepflegte „Campingpark Rügen“ des Bundeswehrsozialwerkes e. V. grenzt direkt an den Ostseestrand und die Binzer Strandpromenade. Neben dem Eingang zum Campingpark befindet sich der „KdF“-Bau.

Das Objekt ist komplett umzäunt. Über einen Magnet-Chip, den Sie an der Rezeption bei Anreise erhalten, können Sie die elektronisch gesicherten Zugangstore zum Strand frei nutzen. Auf dem Gelände befindet sich eine Gaststätte mit Kiosk.

Objektbeschreibung:
Auf dem Gelände des „Campingpark Rügen“ warten vier Mobilheime auf Ihren Besuch. Bis zum Ostseestrand sind es nur wenige Schritte über die Promenade.

Unsere kleinen Camper können sich auf dem Spielplatz nach Lust und Laune austoben.

Ausstattung:
Die Mobilheime bieten Platz für maximal vier bzw. fünf Personen und sind sehr komfortabel ausgestattet.

Sie verfügen über zwei bzw. drei Schlafräume, einen Wohnbereich mit Sitzecke sowie eine komplett eingerichtete Küchenzeile, Dusche, WC und SAT-TV. Alle Räume sind beheizbar.

Eine schöne Terrasse mit Campingmöbeln lädt zum relaxen ein.

Modell mit 3 Schlafräumen für 5 Pers.
Quelle: www.mobilheimverkauf.de

Modell mit 2 Schlafräumen für 4 Pers.
Quelle: www.mobilheimverkauf.de

Sonstiges:
In Prora wird Kurtaxe erhoben. Diese entrichten Sie bitte bei Ihrer Anreise an der Rezeption.

In den Mobilheimen ist das Rauchen sowie das Mitbringen von Haustieren nicht gestattet.

Öffnungszeiten und Preise:
Vorsaison (VS): April
Hauptsaison (HS): Mai bis September
Nachsaison (NS): Oktober

An- und Abreise immer am Montag oder Freitag

Preise pro Mobilheim für einen Aufenthalt im angegebenen Zeitraum:	VS/NS	HS
3 Übernachtungen von Fr bis Mo:	115,00 €	140,00 €
4 Übernachtungen von Mo bis Fr:	155,00 €	188,00 €
7 Übernachtungen von Mo-Mo / Fr-Fr:	270,00 €	330,00 €
14 Übernachtungen von Mo-Mo / Fr-Fr:	530,00 €	650,00 €

Endreinigung: 35,00 €
Kautions für den Magnetchip: 10 €

Anreise: Montag oder Freitag von 14,00 bis 18,00 Uhr
Abreise: Montag oder Freitag bis 10,00 Uhr
Kurtaxe: Abgabe laut Kurordnung

Mitzubringen sind:
Bettwäsche (Ellerbett 1,40 m, Kinderbetten 0,80 m), Tischwäsche, Hand-, Bade-, und Geschirrtücher sowie Toilettenpapier, Spülmittel, Müllbeutel, Wischlappen.

Impressum:
Sozialwerk der brandenburgischen Landesbediensteten e.V.
Ministerium des Innern
Henning-von-Tresckow-Str. 9-13
14467 Potsdam
Geschäftsführerin: Frau Heike Scholze
Tel: 0331 8668809
Fax: 0331 6001610
E-Mail: heike.scholze@sozialwerk.brandenburg.de
Satzung unter: www.sozialwerk.brandenburg.de

